Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4588**

16. Wahlperiode 07. 03. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Dr. Norman Paech, Monika Knoche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/3802 –

Den Friedensprozess im Nahen Osten wieder aufnehmen

A. Problem

Der Antrag hat die unverändert bedenkliche Sicherheitslage im Nahen Osten zum Gegenstand. Insbesondere im Gazastreifen leiden die Menschen unter der nicht abreißenden Gewalt und ihren gesellschaftlichen und sozialen Folgen. Dringend notwendig erscheinen erneute Schritte zu einer politischen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts.

Die Antragsteller halten es vor diesem Hintergrund für geboten, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung zu einer verstärkten Aktivität in diesem Bereich auffordert.

So solle die Bundesregierung ihre ernste Besorgnis über die Verschlechterung der humanitären, wirtschaftlichen und finanziellen Situation sowie die Lage der Frauen im Westjordanland und insbesondere im Gazastreifen öffentlich zum Ausdruck bringen. In der Europäischen Union solle sie sich dafür einsetzen, die materiellen Hilfen für die palästinensischen Autonomiegebiete sofort wieder aufzunehmen.

Weiterhin solle die Bundesregierung auf die Wiederbelebung von Friedensverhandlungen hinwirken und umgehend Gespräche mit der palästinensischen Regierung aufnehmen, die auf eine gegenseitige Anerkennung Israels und Palästinas gerichtet sind. Die Bildung einer palästinensischen Regierung der Nationalen Einheit sei von hoher Bedeutung.

Die internationale Gemeinschaft müsse insbesondere auf die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen drängen und dem Nahen Osten eine ökonomische Perspektive bieten. Die Rückkehr zum Verhandlungstisch setze insbesondere eine Entschärfung der Situation im Gazastreifen und innerhalb der Westbank voraus.

Syrien sei aktiv in den Friedensprozess einzubinden. Israel gegenüber sei deutlich zu machen, dass jegliche Verletzung der UN-Resolution 1701 (2006) sofort einzustellen ist. Weiterhin solle humanitäre Hilfe im Libanon geleistet werden, um die Kriegsfolgen zu beseitigen. Geboten sei auch die Förderung von grenzüberschreitenden zivilgesellschaftlichen Projekten und von Fraueninitiativen in der Region.

Die Bundesregierung solle die von Frankreich, Italien und Spanien vorgeschlagene EU-Nahostinitiative unterstützen und den Nahostkonflikt insbesondere im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und des G8-Vorsitzes stärker ins Blickfeld rücken. Schließlich müsse das Ziel einer ständigen internationalen Nahostkonferenz konsequent verfolgt werden, um die Probleme der Region endgültig lösen zu können.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/3802 abzulehnen.

Berlin, den 7. März 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz Vorsitzender	**Joachim Hörster** Berichterstatter	**Gert Weisskirchen (Wiesloch)** Berichterstatter	**Dr. Werner Hoyer** Berichterstatter
	Dr. Norman Paech Berichterstatter	**Kerstin Müller (Köln)** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Joachim Hörster, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Werner Hoyer, Dr. Norman Paech und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3802** in seiner 74. Sitzung am 15. Dezember 2006 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 7. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 7. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 7. März 2007

Joachim Hörster Berichterstatter	**Gert Weisskirchen (Wiesloch)** Berichterstatter	**Dr. Werner Hoyer** Berichterstatter
Dr. Norman Paech Berichterstatter	**Kerstin Müller (Köln)** Berichterstatterin	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333